

Wirtschaftsstandort Niedersachsen

– Blockaden beseitigen und Impulse für den Mittelstand setzen –

Vortrag von Herrn Minister Hirche als Hauptredner
anlässlich der Jahresauftaktveranstaltung der
MIT Ammerland

1. Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung zu Ihrer Jahresauftaktveranstaltung. Ich bin gern gekommen. Mich hat die Entwicklung dieser Region in den vergangenen Jahren stark beeindruckt. Hier im Nordwesten Niedersachsens haben Sie die Zeichen der Zeit früh erkannt und sich regional gut aufgestellt.

Die Regionale Innovations-Strategie RIS, die Wachstumsregion Ems-Achse e.V., die Metropolregion Bremen/ Oldenburg und nicht zuletzt die Bemühungen um die Hansalinie zeigen, dass Sie hier in Bewegung waren und sind.

Und ich betrachte es nicht als nachteilig, wenn mehrere Initiativen bestehen, die die gleichen Zielsetzungen haben. Denn ein Ziel kann immer auf verschiedenen Wegen erreicht werden.

Wichtig sind ein gut abgestimmtes Zusammenspiel und die Bereitschaft zu wechselnden Kooperationen und zu Kompromissen. Sie haben erkannt, dass aus der regionalen Zusammenarbeit eine besondere Stärke erwächst, die den Weg in die Zukunft weist.

Eine Jahresauftaktveranstaltung, wie diese, gibt die Möglichkeit auf das gerade abgelaufene Jahr zurückzublicken.

Und mit einer gewissen Portion an Zufriedenheit kann ich für die Landesregierung feststellen, dass wir in der jetzt laufenden Legislaturperiode viel für Niedersachsen erreicht haben. Ich denke dabei zum Beispiel an die erfolgreiche Schulstrukturreform oder an das Großprojekt JadeWeserPort, aber auch an die Erfolge der Verwaltungsreform und unser Kurshalten bei der Haushaltskonsolidierung.

Aber wir sind weit davon entfernt, uns zurücklehnen zu wollen oder ausruhen zu können. Ich möchte daher in meinen Ausführungen ganz bewusst den Blick auf die vor uns liegenden Vorhaben lenken.

2. Niedersachsen im globalen Wettbewerb

Wir stehen heute vor der zentralen Frage, wie wir Deutschland fit machen für den globalen Wettbewerb, und insbesondere, wie der Mittelstand darin bestehen kann.

Der Binnenmarkt stellt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen schonungslos auf die Probe. Und ich behaupte, ohne den Standort Deutschland schlecht reden zu wollen: es müssen dringend Anpassungen erfolgen und Veränderungen herbeigeführt werden, damit Deutschland weiter an der Spitze mitspielen kann.

Nur wenn wir einen echten Kurswechsel für mehr Wachstum und Beschäftigung und den Umbau des Sozialstaats schaffen, können wir den Herausforderungen der Globalisierung mit Zuversicht begegnen. Deutschland muss den Beweis antreten, dass es auch unter verschärften Bedingungen zu grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungen in der Lage ist. Und es gibt ermutigende Beispiele dafür, dass wir auch als Hochlohnland wettbewerbsfähig sein können.

Nationale Politik muss heute mehr denn je Antworten auf die Globalisierung geben. Sie muss Rahmenbedingungen setzen, damit sich Unternehmen dem globalen Wettbewerb stellen können und die Politik muss die Unternehmen bei nachhaltigen Veränderungsprozessen unterstützen.

Dieser Reformdruck wird bei uns in Deutschland durchaus gesehen. Deutschland muss die Gunst der Stunde nutzen.

Deutschland ist auch nach der EU-Erweiterung der größte europäische Markt und durch seine geografische Lage das ökonomische Zentrum Europas. Lassen Sie uns den Wettbewerb als Herausforderung annehmen, statt uns vor ihm zu verstecken oder sogar zu verschanzen! Es gibt für wirtschaftliche Prosperität keinen besseren Motor als den „Wettbewerb“.

Die bisher vorliegenden Daten zum vergangenen Jahr zeigen uns ein regelrechtes Boomjahr 2006.

Im ersten Halbjahr wuchs die niedersächsische Wirtschaft um 1,8 %. Sollte sich dieser Trend auch im zweiten Halbjahr so fortgesetzt haben, dann hätten wir 2006 das stärkste Wachstum seit dem Ende des New-Economy-Booms erlebt.

Niemals zuvor waren unsere niedersächsischen Unternehmen so erfolgreich am Weltmarkt wie im letzten Jahr.

Nachdem uns bereits das Rekordjahr 2005 Exporte von über 60 Mrd. € bescherte, wuchsen die Ausfuhren in den ersten zehn Monaten nochmals um 10%. Auch der Tourismussektor kann positive Zahlen vermelden, mit einem Plus von 2,3 % bei den Gästeübernachtungen. Die Gründungsintensität befindet sich weiterhin auf hohem Niveau: Nach den Ergebnissen von Januar bis Oktober überstieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen die der Abmeldungen um mehr als 15.000.

Niedersachsen hat sich also gut behauptet. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich für uns seit dem Tiefpunkt 2005 zum Besseren gewendet hat. Innerhalb eines Jahres sank die Zahl der Arbeitslosen um über 14%, wenn man den Monat Dezember 2006 mit Dezember 2005 vergleicht. Das bedeutet über 62.000 Jobsuchende weniger und eine Arbeitslosenquote von 9,5%. Die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen liegt jetzt bei 9,2 % – ein immer noch viel zu hohes Niveau, aber 2005 waren es noch 12,3 %.

Was besonders erfreulich ist: Im letzten Jahr konnten bei uns in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr rund 2.750 zusätzliche Ausbildungsverträge unterschrieben werden. Ein Plus von 5,3% gegenüber dem Jahr 2005. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Allen Partnern des Ausbildungspaktes danke ich im Namen der Landesregierung für ihren erfolgreichen Einsatz. Vor allem aber danke ich Ihnen, den Unternehmen, dass sie jungen Menschen eine Perspektive geben.

Hinzu kommt auch ein dickes Plus bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: Von Januar bis September entstanden rund 105.000 neue Jobs. Ein Plus von 4,6% und auch hier deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (4,1%). Ich freue mich, dass es endlich aufwärts geht, dass Unternehmen wieder Jobs schaffen und die Menschen Arbeit finden.

Jetzt muss es darum gehen, diesen Schwung zu nutzen! Die guten Konjunkturdaten dürfen nicht dazu führen, dass die Bundesregierung in ihren Reformbemühungen lahmt.

3. Abbau von Blockaden: Drei wichtige Reformbaustellen in Deutschland

Zwangsläufig muss ich Ihnen an dieser Stelle etwas zu den dringendsten Reformbaustellen sagen, die wir in Deutschland haben.

Für die verschiedenen Baustellen gilt gleichermaßen, dass wir keine Zeit mehr verlieren dürfen. Unsere Wirtschaft darf im globalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen geraten.

Mit Sorge blicke ich nach Berlin, wo die große Koalition sich für eine Politik der kleinen Schritte entschieden hat. Das ist in Zeiten der Globalisierung für Deutschland zu wenig.

„Mehr Freiheit wagen“, wie es die Bundeskanzlerin fordert, ist im Prinzip richtig. Doch den Worten müssen jetzt auch Taten folgen!

Entbürokratisierung

Um den wirtschaftlichen Aufschwung zu stabilisieren, müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiterhin verbessert werden. Ein wesentlicher Bestandteil ist hierfür der Bürokratieabbau.

Der Wildwuchs staatlicher Aufgaben und Regelungen muss begrenzt werden. Dies bedeutet zum einen den Abbau staatlicher Aufgabenerfüllung zugunsten von marktwirtschaftlichen Elementen und von mehr Eigenverantwortung. Zum anderen bedarf es aber auch eines Abbaus von gesetzlichen Vorgaben, die mit einer unüberschaubaren Zahl von Ge- und Verboten das Handeln der Wirtschaft einengen und fesseln.

Nötig sind strukturelle Veränderungen, damit der Wirtschaft wieder die Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit zurückgegeben wird.

Bürokratieabbau ist aber auch der Kampf gegen die Hydra, wobei heute die nachwachsenden Köpfe zumeist aus Brüssel kommen. Leider fällt es der Verwaltung immer noch schwerer, eine Vorschrift abzuschaffen, als eine neue zu erfinden. Niedersachsen geht auch weiterhin konsequent den mühsamen Weg des Bürokratieabbaus: durch den Abbau von Landesrecht einerseits und durch Einbringung von Initiativen zur Änderung bundesrechtlicher Vorschriften andererseits. Lassen Sie mich Ihnen einige Beispiele nennen:

- Wir haben die Niedersächsische Gemeindeordnung dahingehend geändert, dass die Kommunen nur noch dann wirtschaftliche Tätigkeit ausüben dürfen, wenn kommunale Unternehmen dies besser und wirtschaftlicher als ein Privater leisten können.

- Die Sperrzeitverordnung des Landes für Gaststätten wurde aufgehoben, da dies die Kommunen vor Ort besser regeln können. Biergärten können jetzt auch einmal länger als nur bis 22.00 Uhr geöffnet bleiben.
- Wir haben, wie andere auch, den IHK Vorschlag zum Abbau statistischer Pflichten intensiv unterstützt. Im Mittelstandentlastungsgesetz des Bundes wurde nunmehr für kleine und mittlere Unternehmen eine Beschränkung auf max. 3 Erhebungen pro Jahr festgelegt.
- Niedersachsen hat zur Erleichterung für kleine und mittlere Unternehmen insb. im Handwerk, den freien Berufen und im Dienstleistungsbereich eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel eingebracht, dass die Anzahl der für das Entstehen der Meldepflicht und auch für die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten beschäftigten Arbeitnehmer von derzeit vier auf neunzehn Mitarbeiter erhöht werden soll. Dies betrifft ca. 80 % aller niedersächsischen Unternehmen.

Im Mittelstandentlastungsgesetz wurde dann zumindest der Schwellenwert auf neun Mitarbeiter heraufgesetzt.

- Auf Antrag des Landes Niedersachsen hat der Bundesrat das bürokratische Monstrum einer Fahrradausrüstungsverordnung des Bundes (17 Paragraphen, 36 Seiten Text und Begründung) gestoppt.

Arbeitsmarktreformen

Die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist auch ein Erfolg der Landesregierung, die mit verschiedenen Programmen und mit dem Ausbildungspakt erhebliche Anstrengungen unternimmt, um Jugendliche in Ausbildung und Arbeit zubringen. Dennoch dürfen uns diese Erfolge nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes sind weiterhin ungelöst!

Wir brauchen dringend mehr Freiheit und mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Gerade die mittelständischen Unternehmen brauchen dringend mehr Spielraum beim Kündigungsschutz und bei der befristeten Beschäftigung, damit sie bei guter Geschäftsentwicklung auch Neueinstellungen wagen. Diese Flexibilität fehlt und deshalb verzichten viele Unternehmen auf Neueinstellungen und nehmen lieber mehr Überstunden und die Inanspruchnahme von Leiharbeitern in Kauf.

Diese Alternativen sind jedoch teuer und können allenfalls die zweitbeste Lösung sein.

Weitere gravierende Blockaden für mehr Beschäftigung stellen die noch immer unzureichende Lohnspreizung und Lohnflexibilität dar. Hier brauchen wir mehr Spielräume für die betriebliche Ebene, um vom Flächentarifvertrag abweichende Regelungen vereinbaren zu können.

Hierzu gehört auch eine tabufreie Diskussion um niedrige Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte. Und wir brauchen mehr flexible Vergütungsbestandteile wie z.B. Gewinnbeteiligungen und Erfolgsprämien, um auch bei den Löhnen mehr Kostenflexibilität und damit Beschäftigungssicherheit zu erreichen.

In diesen Tagen las ich von einem niedersächsischen Gießereiunternehmen, das in schwieriger Zeit Lohnzugeständnisse mit den Beschäftigten vereinbart hatte.

Im Gegenzug wurden Gewinnbeteiligungen für bessere Zeiten vereinbart. Inzwischen ist die Auftragslage wieder gut, die Mitarbeiter werden jetzt mit einer Gewinnbeteiligung in Millionenhöhe belohnt. Solche Vereinbarungen sind für mich vorbildlich!

Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze sind natürlich auch geringere Lohnzusatzkosten bei der Arbeitslosenversicherung und bei der Krankenversicherung.

Hier erleben wir auf Bundesebene zurzeit ein Trauerspiel: Mit großem Stolz werden Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung verkündet, gleichzeitig werden die Mehrwertsteuer und die Beiträge zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung deutlich erhöht. Das gleicht doch der Echternacher Springprozession: Ein Schritt vor und zwei zurück. Unterm Strich bleiben die Sozialbeiträge deutlich über 40 %! Hier sind echte Reformen gefordert, um die Lohnzusatzkosten in Richtung 35 % zu senken.

Unternehmenssteuerreform

Im Mittelpunkt der Steuergesetzgebung des neuen Jahres wird die geplante Unternehmenssteuerreform stehen, die 2008 in Kraft treten soll. Das dazu vorgelegte Eckpunktepapier der Herren Steinbrück und Koch lässt Licht, aber auch viel Schatten erkennen.

Die geplante Absenkung der steuerlichen Gesamtbelastung für Kapitalgesellschaften auf unter 30 % ist ein wichtiges Signal zur Wiederherstellung der internationalen Wettbe-

werbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sie wird von mir ausdrücklich begrüßt. Für die vorgesehenen Entlastungen bei Personengesellschaften gilt dies nur mit Einschränkungen.

Von der Thesaurierungsbegünstigung, durch die einbehaltene Gewinne entsprechend der Belastung bei Kapitalgesellschaften mit knapp 30 % besteuert werden sollen, werden hauptsächlich große Personengesellschaften profitieren. Die für kleine und mittlere Personengesellschaften vorgesehenen Verbesserungen bei der Ansparabschreibung sind für sich gesehen zwar positiv, aber insgesamt nicht ausreichend, um wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Da die Bundesregierung zur Finanzierung der Unternehmensteuerreform nur 5 Mrd. Euro zur Verfügung stellt, die vorgesehenen Entlastungen aber bereits mit jährlichen Mindereinnahmen von 30 Mrd. Euro „zu Buche schlagen“, müssen die Planungen zur Gegenfinanzierung besonders kritisch hinterfragt werden. Den Überlegungen, die Steuerbemessungsgrundlage der Unternehmen um Kosten wie Zinsen - unter anderem bei der Gewerbe- und Körperschaftsteuer - zu verbreitern, erteile ich eine klare Absage.

Die Besteuerung von Finanzierungsaufwendungen hemmt die Investitionsbereitschaft und das Wachstum. In Verlustphasen kann sich diese von der Leistungsfähigkeit unabhängige Besteuerung für Unternehmen und Arbeitsplätze Existenz gefährdend auswirken. Darunter würden gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden, die häufig fremdfinanziert sind.

Nach dem jetzigen Stand ist die Unternehmensteuerreform nicht "der große Wurf":

- für viele Unternehmen wird es keine spürbaren steuerlichen Entlastungen geben,
- die Gewerbesteuer wird im System der Unternehmensbesteuerung verfestigt, statt sie endlich abzuschaffen,
- die Chance zu einer grundlegenden Vereinfachung des Steuerrechts wird vertan.

4. Impulse für den Mittelstand: Wachstum und Beschäftigung mit Zukunft

Neben all diesen Reformbestrebungen brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die kraftvolle Impulse speziell für den Mittelstand setzt. Ich möchte Ihnen im Folgenden aufzeigen, welchen Maßnahmen die niedersächsische Wirtschaftspolitik für den Mittelstand bereithält.

Ich habe in Niedersachsen die ‚Mittelstandsoffensive: Mittelstand im Mittelpunkt‘ auf den Weg gebracht. In vier strategischen Handlungsfeldern werden Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstands gebündelt. Es geht um:

- mehr Flexibilität,
- mehr Innovation,
- mehr Internationalität und
- mehr Mobilität.

Diese Handlungsfelder müssen nicht extra erfunden werden, sie liegen auf der Hand, sind Richtschnur einer Mittelstandspolitik, die ihren Namen auch verdient und die die Zukunftsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen fest im Blick hat. Das Ziel ist klar. Es geht nicht um eine schnell verpuffende Subventionspolitik, sondern um Maßnahmen, die nachhaltige Wirkungen zeigen.

Flexibilität

Die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so setzen, dass diese flexibel auf das Marktgeschehen reagieren zu können. Der Mittelstand braucht mehr Wettbewerb. Anders formuliert: Die Unternehmen brauchen Luft zum atmen, aber auch eine ausreichende finanzielle Basis zum handeln.

Das Thema Finanzierung im Mittelstand ist bereits seit langem und auch aktuell von großer Bedeutung.

Die Eigenkapitalschwäche bleibt das große Problem unserer mittelständischen Betriebe. Zur Realisierung von nachhaltigen Unternehmensgründungen und Unternehmensentwicklungen brauchen die Unternehmer, heute mehr denn je, umfangreiche Informationen und einer entsprechenden Ausgestaltung der unternehmerischen Eigen- und Fremdfinanzierung. Die dafür bestehenden marktwirtschaftlichen Möglichkeiten werden durch spezifische Instrumente des Landes im Rahmen der Mittelstandsförderung ergänzt.

Als Alternative oder Ergänzung klassischer Bankdarlehen gibt es für Existenzgründungen und zur Finanzierung von langfristigen Investitionen den Niedersachsen-Kredit. Für uns als Land ist der Niedersachsenkredit ein wichtiges Instrument, da wir damit von der unse-

ligen Zuschussförderung wegkommen und Mittel in einem revolving System zirkulieren lassen können.

Die NBank informiert darüber hinaus über Eigenkapitalprodukte und vermittelt Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und anderer Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Für die jetzt beginnende Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 wird angestrebt, ein eigenes Eigenkapitalinstrument bei der NBank zu schaffen.

Mittelständische Unternehmen können Bürgschaften der Niedersächsischen Bürgschaftsbank (NBB) und Landesbürgschaften erhalten. Diese Bürgschaften sind eine wichtige Unterstützung für mittelständische Unternehmen. Sie veranlassen die finanzierenden Banken, sich zumindest anteilig im eigenen Obligo zu engagieren. Und was mir besonders wichtig ist, Bürgschaften gehören zu der Gruppe von Fördermaßnahmen, die am wenigsten den Wettbewerb beeinträchtigen und die deshalb auch künftig vom Land eingesetzt werden.

Innovationen

Innovationen sind entscheidend auf dem Weg zu Wirtschaftswachstum und zukunftssicheren Arbeitsplätzen. Wissen und Informationen bestimmen über die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Wir setzen daher nicht nur auf die einzelbetriebliche Innovationsförderung. In Niedersachsen schieben wir Landesinitiativen an und fördern Kompetenzzentren.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind auf den Austausch untereinander angewiesen. Information, Kommunikation, die Suche nach Geschäftspartnern und die Bereitschaft zu Kooperationen sind für sie entscheidend, um am Markt flexibel agieren zu können.

Ich begrüße, dass sich die von der ehemaligen Bezirksregierung Weser-Ems ins Leben gerufene Regionale Innovations-Strategie RIS bereits im Dezember 2005 neu ausgerichtet hat.

Im Rahmen der Arbeit von RIS werden zu den bereits erfolgreich installierten Kompetenzzentren für Ernährungswirtschaft, Verkehr und Logistik und Nachwachsende Rohstoffe

zwei weitere zu den Bereichen „Zukünftige Energieversorgung“ und „Gesundheitswirtschaft“ hinzukommen.

Die Landesregierung wird den neuen Ansatz der EU-Kommission nutzen, um die Möglichkeiten des EU-Strukturfonds umfassender als bisher für die Technologiepolitik des Landes zu aktivieren. Insbesondere geht es z.B. um die Intensivierung des Know-How-Transfers zwischen Hochschulen und Betrieben, aber auch zwischen einzelnen mittelständischen Unternehmen, und den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Aber zur Innovationspolitik gehört noch mehr, was nicht minder wichtig ist. Die Landesregierung setzt sich für die Überwindung von Technologiefeindlichkeit in der Gesellschaft ein. So stellte sich im Rahmen des Tags der Niedersachsen in Melle im Juli 2006 erstmalig der Innovationspark mit über 50 innovativen Projekten vor. Der IdeenPark 2006 auf dem Expo-Gelände in Hannover hat mit Erfolg stattgefunden und wird seine Fortführung als Ideen-Expo unter der Regie des Landes finden.

Schülerinnen und Schüler brauchen „Technologie zum Anfassen“. Sie sollen erkennen, wie wichtig der technologische Fortschritt für unser Leben ist und sie sollen selbst erfahren, welche Faszination darin liegen kann.

Die Ideen-Expo ist Teil der Innovationskampagne des Landes, die in Vorbereitung ist. Es reicht nicht aus, dass wir wissen, welche innovativen Potenziale in Niedersachsen vorhanden sind. Wir müssen unsere Fähigkeiten öffentlich machen.

Wir müssen zeigen und aktiv bewerben, was Niedersachsen zu bieten hat, z.B. 26 Hochschulen an 22 Standorten.

Internationalität

Der Wettbewerb der Zukunft fußt wesentlich auf der Präsenz auf den internationalen Märkten. Globalisierung und die EU-Erweiterung bieten vielfältige Chancen für den Mittelstand.

Die niedersächsische Landesregierung steigert mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen die Internationalität des Mittelstands. Wir bieten an: Beratungsprogramme, Auslandsmesseförderung, Teilnahme an Delegationsreisen und jährlich einen Außenwirtschaftstag auf der Hannover Messe. Über das Internetportal n-export.de können die Unternehmen alle wichtigen Informationen abrufen.

Die Repräsentanzen des Landes in Moskau, Warschau und seit November 2006 in Shanghai bieten darüber hinaus spezielle Hilfeleistungen für KMU. Sie verstehen sich als Anlaufstelle für die Unternehmen in allen Fragen, die den Markteintritt in diesen Ländern betreffen.

In der Repräsentanz in Moskau wurde zudem ein Firmenpool eingerichtet, der den beteiligten Unternehmen eine Präsenz vor Ort verschafft.

Auch in Warschau gibt es jetzt diese Möglichkeit, mit überschaubarem finanziellem Aufwand und begrenztem Risiko auf dem polnischen Markt aktiv zu werden. Mit dem Niedersachsen/US Business Center in Atlanta gibt es seit 2005 eine ähnliche Einrichtung für den US-amerikanischen Markt, die sehr gut angenommen wird.

Mir ist es besonders wichtig, dass die Maßnahmen im Rahmen der Internationalisierungsstrategie in enger Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Unternehmerverbänden Niedersachsen entwickelt und durchgeführt werden. Gerade im Bereich der Internationalität ist es wichtig mit langem Atem die verfügbaren Ressourcen aller Beteiligten zu bündeln.

Mobilität

Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung sind eng verknüpft: ohne Mobilität ist effizientes Wirtschaften nicht möglich. Ein bedarfsgerechtes Verkehrssystem ist für eine Volkswirtschaft, die wettbewerbsfähig sein will und unabdingbare Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Doch dies allein reicht noch nicht. Es müssen innovative Wege der Finanzierung durch Public-Private-Partnership gegangen werden. Hervorheben möchte ich die im Vorfeld der Vereinsgründung der Wachstumsregion Ems-Weser e.V. erfolgte Aktion zum vorgezogenen Lückenschluss der A 31. Dass diese Zusammenarbeit jetzt auf die Wirtschaftsentwicklung ausgeweitet wird, begrüße ich sehr.

Ich setze mich dafür ein, dass mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau mobilisiert wird. Dies ist für mich der einzige Weg, Projekte, die ansonsten aus Geldnot keine Realisierungschance haben, zu realisieren. Als Beispiel möchte ich die Planung der Küstenautobahn nennen. Mit Vertretern der Kommunen, Kammern und Verbände haben wir eine Vereinbarung zur Linienplanung unterzeichnet. Das Land teilt sich die Planungskosten mit den Kommunen und der Wirtschaft zu je einem Drittel.

Ein weiteres Beispiel ist der geplante 6-streifige Ausbau der A 1 zwischen dem Autobahndreieck Buchholz und dem Bremer Kreuz. Im Rahmen dieses Modellprojektes gewährleistet ein Konzessionär für die Dauer von 30 Jahren den Ausbau, die Erhaltung, den Betrieb und die Finanzierung des betreffenden Streckenabschnittes und erhält als Entgelt für seine Leistung die aus der Strecke eingefahrene Lkw-Maut.

Wir unterstützen diesen Finanzierungsansatz des Bundes aus guten Gründen: einmal wird durch vorgezogene zusätzliche Investitionen die Infrastruktur in Niedersachsen verbessert, denn diese Maßnahme wäre sonst zeitnah nicht realisierbar gewesen, und außerdem wird die Sicherung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Bauwirtschaft positiv beeinflusst.

Der geplante Bau des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven ist nicht nur für diese Region, sondern für ganz Niedersachsen und Deutschland, die herausragende, auf die Zukunft ausgerichtete Infrastrukturmaßnahme. Mit diesem Container-Tiefwasserhafen wird die gesamte Nordwestregion Niedersachsens einen erheblichen Technologie-, Wachstums- und Beschäftigungsschub erhalten. Mit dem Tiefwasserhafen steigen die Chancen Niedersachsens, sich als Logistikstandort von internationaler Bedeutung zu etablieren.

Ziel ist es, die Container im Lande zu öffnen, die Waren hier zu lagern, diese dann weiterzuverarbeiten und zu verteilen. Dies stärkt den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und sichert Arbeitsplätze hier vor Ort.

Der quantitative Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt in jedem Fall Daueraufgabe der Verkehrspolitik. Wenn der Verkehr rollt, bewegt sich die Wirtschaft.

5. Schlussbemerkung

Deutschland braucht einen Mix aus Reformen und aus einer Politik nah an den Unternehmen. Der Nordwesten Niedersachsens ist eine aktive und engagierte Region mit erfolgreichen mittelständischen Unternehmen. Ich vertraue auf ihre Leistungsfähigkeit.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir Politiker in Niedersachsen hart dafür arbeiten werden, dass sich die Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand weiter verbessern werden. Die Unterstützungsmaßnahmen, die das Land für die mittelständische Wirtschaft bereithält, werden auch zukünftig darauf ausgerichtet sein, die Unternehmen in ihrem Agieren am Markt nachhaltig zu stärken und voranzubringen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Kraft und Gesundheit für ein gutes und erfolgreiches Jahr 2007.